LEE.SH
Aus dem Norden.
In die Zukunft.

LEE SH · Hopfenstraße 71 · 24103

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein
Postfach 7128

24171 Kiel

Landesverband
Erneuerbare Energien
Schleswig-Holstein e.V.

Hopfenstraße 71
24103 Kiel

T 0431 22181450
F 0431 22181458

info@lee-sh.de
www.lee-sh.de

Vorsitzender des Vorstands
Reinhard Christiansen

Geschäftsführender Vorstand
Hans-Ulrich Martensen
Ove Petersen
Heiko Hansen
Petra Zahnen

Bankverbindung

IBAN
DE89 2176 3542 0007 4147 73
BIC GENODEF1BDS
VR-Bank eG Niebüll

Steuernummer: 20/295/74270
Vereinsregister: VR 6817 KI
Amtsgericht Kiel

Kiel, den 11. April 2019

Stellungnahme zur „Neuen Industriepolitik“

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Buchholz,

vielen Dank für die Einladung zur Abgabe einer Stellungnahme zum Papier „Neue Industriepolitik: Weiterentwicklung und Neuakzentuierung der Industriepolitik Schleswig-Holsteins sowie des „Bündnis‘ für Industrie.SH““.

Der LEE SH begrüßt es ausdrücklich, dass die Energiewende als wichtige Komponente der Industriepolitik Schleswig-Holsteins behandelt wird. Dies wird dem Beitrag unserer Branche zur Entwicklung des Landes gerecht.

Die Erzeugung von erneuerbaren Energien zur direkten Nutzung (Strom, Wärme) sowie Power-to-X-Anwendungen der Sektorenkopplung (bspw. Herstellung erneuerbarer Treibstoffe) sind schon heute ein wichtiger Baustein schleswig-holsteinischer Wirtschaftsakteure und werden auch in Zukunft in erheblichem Maß zur Wertschöpfung und Beschäftigung in Schleswig-Holstein beitragen. Ebenso unterstützen wir den Ansatz, den durch unsere starken erneuerbaren Energien erzeugten Strom vermehrt regional zu nutzen und ihn in Schleswig-Holstein zu veredeln.

Neben den im Papier vorgestellten Projekten der Erneuerbaren Energien gibt es diverse andere innovative und wegweisende Projekte, die Erwähnung finden sollten. Dazu gehören vor allem die Bereiche Speicherung und Speichertechnologien (bspw. Batteriespeicher Bordesholm, Batterieherstellung Itzehoe oder diverse Wärmespeicher und Wärmespeicherprojekte), Projekte zur Wasserstofferzeugung (bspw. Windgas-Projekt in Haurup) und diverse Testfelder für neueste Anlagen der Windenergieerzeugung.

Darüber hinaus sollte im Dokument die Offenheit für neu entstehende industrielle Aktivitäten klargestellt werden, um Investitionen in die Zukunft zu stimulieren. So strukturiert und klar die Zielsetzungen sind, so weniger ergeben sich aus dem Fokus Impulse für Offenheit für mögliche neu entstehende technologische Pfade.

Wir möchten nachdrücklich darauf hinweisen, dass es auch nicht ausreichen kann, die politischen Aktivitäten der Landesregierung im Bereich Erneuerbare Energien auf den regulatorischen Rahmen zu fokussieren, wie auf Seite 13 des Papiers festgehalten. Gerade

Industriepolitik kann proaktiv zur Erschließung neuer Wirtschaftsmöglichkeiten beitragen. Darauf gehen wir im Folgenden ein.

Sektorenkopplung

Die Sektorenkopplung bietet für Schleswig-Holstein die Möglichkeit, industriepolitische Impulse zu setzen. Denn Sektorenkopplung ist Industriepolitik! Die regulatorischen Rahmenbedingungen aus Berlin sind derzeit nicht ausreichend; um nur einige zu nennen:

- Staatlich induzierte Strompreisbestandteile (EEG-Umlage, Stromsteuer, Netzentgelte)
- fehlende Rahmenbedingungen für effiziente Nutzung von „Strom-Überangeboten"
- fehlende Anreize durch Netzentgelte
- fehlende Rahmenbedingungen für Abwärme-Strom z.B. in KWKG, EnEG, EWärmeGG, EEG.
- fehlender regulatorischer Rahmen für Speicher.

Daher sollte sich das Land einerseits auf Bundesebene dafür einsetzen, die Sektorenkopplung zu ermöglichen, wie es im Bündnis-Papier bereits festgehalten ist.

Hinsichtlich industriepolitischer Möglichkeiten in Schleswig-Holstein kann die Landesregierung und -verwaltung andererseits noch mehr positive Impulse setzen. So sollte insbesondere die technologische Forschung im Bereich Sektorenkopplung an den Hochschulen und in Unternehmen gefördert werden. Auch sollte das Land Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle Unternehmen zu einer Erhöhung der Energieeffizienz veranlasst werden, was für die Sektorenkopplung zuträglich ist. Um die Sektorenkopplung mit Erneuerbarer Energie zu Versorgen ist es zudem nur logisch, den weiteren Ausbau der Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energie zu forcieren, ob Windanlagen an Land und auf See, Photovoltaikanalagen auf Dächern und auf Freiflächen oder Biogasanlagen.

Die Landesregierung sollte als industriepolitische Maßnahme einen Lenkungskreis oder eine Koordinationsstelle „Sektorenkopplung und Energiewende" für sektorenübergreifende Themen einrichten. Diese würde als Verantwortlicher für die Ansprache durch die Industrie und ggf. Verbände dienen. Schon vor Projektumsetzung könnte das Land damit die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten der Sektorenkopplung mitgestalten und unterstützen.

Mobilitätswende

Die Mobilitätswende bietet große industriepolitische Potenziale für das Land. Die bereits vorhandene Expertise in der Erzeugung erneuerbarer Treibstoffe (Strom, Wasserstoff, bio-LNG, bio-CNG) und in der Technologieentwicklung im Bereich autonome Mobilität (Fahrzeug, Schifffahrt) bieten hierbei Grundlagen. Der benannte neue Schwerpunkt unbemannte Luftfahrt kann hieran Anknüpfen und von Anfang an konsequent auf klimaverträgliche, erneuerbare Ressourcen zurückgreifen für Treibstoffe, Rechenleistungen/-zentren, aber auch, um für die Luftfahrt benötigte Materialien (bspw. Carbon) mit erneuerbarem Strom zu erzeugen.

Das LNG-Terminal in Brunsbüttel ist schon heute ein viel beachtetes Projekt. Wir stehen diesem Projekt skeptisch gegenüber. Die Ansiedlung

des Terminals kann nämlich nur dann als erfolgreich begriffen werden, wenn es nachhaltige Mobilität und insbesondere nachhaltige Schifffahrt und Luftverkehr ermöglicht. Hierfür ist die derzeitige Konzeption offensichtlich ungeeignet, denn weder nordamerikanisches Fracking-Gas noch russisches Erdgas erfüllen die klimatischen und Umweltansprüche, die eine moderne, zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft fordern und erfordern. Daher gilt es zu beachten, dass es erhebliche schleswig-holsteinische Ressourcen gibt, um LNG erneuerbar zu erzeugen und dass LNG auch nur dann ein zukunftsfähiges Produkt sein kann, wenn es zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen wird.

Ansiedlung

Das Papier spricht eine Verbesserung der Ansiedlungsmöglichkeiten für Unternehmen an. Gerade für energieintensive Industrien kann eine zukunftsgerichtete Industriepolitik hier Standortvorteile ausnutzen. Neben Rechenzentren bieten auch Anlagen der Sektorenkopplung in industriellen Maßstab hierfür sehr geeignete Abnehmer. Diverse Power-to-X-Anwendungen können dabei schon heute von schleswig-holsteinischen Unternehmen angeboten werden und können für eine endogene Wirtschaftsentwicklung in Wert gesetzt werden. Dazu gehört insbesondere Power-to-Gas zur Wasserstofferzeugung. Aber auch Power-to-Power, also Batteriespeicher, sollten in der Ansiedlungsstrategie mit bedacht werden. Ein großer amerikanischer Automobil- und Batteriehersteller erwägt den Bau großer Produktions- und Speicherkapazitäten in Deutschland, was in Schleswig-Holstein mit erneuerbarem Strom geschehen könnte. Auch Power-to-Heat, also Wärmespeicher, könnte in großen Dimensionen in Schleswig-Holstein realisiert werden, um wärmeintensive Prozesse zu versorgen, wie beispielsweise die Produktion von Baumaterialien, von Chemikalien, oder von organischen Düngemitteln. Der Ansiedlung der oben benannten Industrien zur nachhaltigen Materialherstellung (bspw. Carbonfasern) sollte zudem Rechnung getragen werden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung der Energiebranche ist eine große kommende Aufgabe des Sektors. Das Land sollte sich aufgrund der langjährigen Vorreiterrolle der Unternehmen unserer Branche auch hier industriepolitisch profilieren. Bisher ist die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland in einer Frühphase. Für die zuvor benannte Sektorenkopplung ist sie allerdings eine wichtige Grundlage. Die Digitalisierung ist für ein dezentrales System erneuerbarer Energie unabdingbar, dass viele verschiedene beteiligte Akteure, Erzeugungsanlagen, Speicher, Ladepunkte für Elektromobilität, Wärmepumpen etc. synchronisiert. Die Industriepolitik sollte daher den Aufbau dafür nötiger Infrastrukturen fokussieren.

Dezentralität

Schleswig-Holstein ist geprägt von vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Trotz diverser groß-industrieller Potenziale sollte eine zukunftsfähige Industriepolitik diese dezentrale Akteursstruktur hervorheben. Nur ein konsequenter Ausbau dieser ermöglicht eine flächendeckende Wertschöpfung in Schleswig-Holstein und damit ein räumlich weit verbreitetes Entwicklungspotenzial für Unternehmensgründung, Wachstum, Arbeitsplätze, kommunale Einkommen und damit Wohlstand.

Die Erneuerbaren mit ihrer dezentralen Struktur sind einer der wichtigsten Wirtschaftszeige des Landes. Beispielsweise sind alleine nach Nordfriesland schon alleine aus den EEG-Umlagen rund eine Milliarde Euro geflossen, die in lokale Beschäftigung, das lokale Handwerk, in Konsum oder auch in Form von Gewerbesteuer an die öffentliche Hand geflossen sind. Es gilt, diese Dezentralität der Akteurslandschaft industriepolitisch in Wert zu setzen.

Industriepolitik als Innovationspolitik

Industriepolitik sollte sich als Innovationspolitik verstehen. Um die Erneuerbaren Energien in ihrer wichtigen industriepolitischen Rolle zu unterstützen, sollten diese daher sowohl im Bildungswesen wie der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein breit verankert werden, um junge Menschen für die Zukunft einer nachhaltigen, erneuerbaren Industrie auszubilden. Dafür sollte in allen Bildungsbereichen das Themenfeld Erneuerbare Energien aus industriepolitischem Interesse etabliert werden, ob im Schulunterricht, an Landwirtschaftsschulen (bspw. Potenziale und Anlagen-/Betriebsführung), oder der universitären Ausbildung (bspw. Energierecht, Planung und Architektur, Schiffbau). Zudem sollten Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung mit geeigneten Instrumenten unterstützt werden.

Weitere Aspekte

Die öffentliche Hand hat selbst Möglichkeiten durch Vergaberichtlinien und öffentliche Ausschreibungen Industriepolitik in der eigenen Praxis durchzuführen. Durch Berücksichtigung erneuerbarer Energieerzeugung und effizienter Nutzung durch Sektorenkopplung in Ausschreibungsrichtlinien können entsprechende industrielle Impulse gesetzt werden.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass im Dokument der Energieverbrauch mit dem Stromverbrauch gleichgesetzt wird. Der Energieverbrauch in den Sektoren Wärme und Verkehr ist dabei von erheblicher Dimension und nur im niedrigen Prozentbereich erneuerbar. Das Land könnte bilanziell seinen Stromverbrauch nahezu erneuerbar decken, wenn kein EE-Strom exportiert und kein EE-Strom zur Erzeugung konventionellen Stroms im Kernkraftwerk Brokdorf und im Gemeinschaftskraftwerk Kiel eingesetzt würde.

Im Übrigen verweisen wir auch auf die Position des Bundesverband Windenergie, Landesverband Schleswig-Holstein.

Wir sehen der gemeinsamen Erörterung mit den anderen Bündnispartnern am 6. Mai freudig entgegen und stehen ihnen selbstverständlich auch darüber hinaus gerne für einen tieferen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Fabian Faller

Geschäftsführer
Landesverband Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein e.V.